

SCHÜTZEN, WAS UNS SCHÜTZT: UMWELT & DEMOKRATIE.

**JETZT PER
BRIEF
WÄHLEN**

LASS MACHEN!

ZWEITSTIMME GRÜN AM 22.03.

Auszug aus den „Praxishinweisen zur Umsetzung EU-Verordnung 2024/900 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung“ BDZV-Rundschreiben Nr. 25/2025

IV. Mustersammlung

Die folgenden Dokumente und Formulierungsvorschläge dienen als Muster einer politischen Anzeige, eines Formulars für die Abfrage von Informationen zur Einhaltung des Art. 11 und 12 TTPW-VO sowie einer Regelung in Freistellungserklärungen sowie der Transparenzbekanntmachung. Es handelt sich dabei um beispielhafte Orientierungsmuster, die auf Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen erstellt wurden.

Diese Muster können eine individuelle rechtliche Prüfung oder behördliche Vorgaben nicht ersetzen. Unternehmen und verantwortliche Akteure sollten die gesetzlichen Anforderungen eigenständig prüfen und gegebenenfalls fachkundige Beratung hinzuziehen, um eine rechtskonforme Umsetzung sicherzustellen. Das Dokument gibt den Stand zum 26. September 2025 wieder. Es wird keine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität der Inhalte übernommen. Eine Haftung für eventuelle Fehler oder daraus resultierende Konsequenzen ist ausgeschlossen.

1. Formular „Fragebogen Transparenzangaben“ / Erklärung des Auftraggebers (Sponsors)

Hinweise für Herausgeber

- Diese Erklärung muss vor Veröffentlichung vollständig vorliegen.
 - Mit Angebot und Freistellungserklärung an Auftraggeber/Anzeigenkunde übermitteln und ausfüllen lassen.
 - Sie sollte digital archiviert und ggf. in gekürzter Form im unten aufgeführten Format als Transparenzhinweis öffentlich gemacht werden (z. B. über Link, Tooltip, QR-Code).
 - Bei Änderungen muss eine aktualisierte Erklärung eingereicht werden.
 - Ggf. über elektronisches Formular sinnvoll, so dass die Angaben direkt in die Transparenzbekanntmachungen (s. u.) eingepflegt werden können.
-

Notwendige Informationen für (i) Kennzeichnungs- und Transparenzanforderungen, Art. 11 und (ii) Transparenzbekanntmachung, Art. 12 der EU-Verordnung 2024/900:

1. Sponsor / Auftraggeber der Anzeige: (Name der Person oder Organisation, die als Werbungtreibender auftritt)

Landesverband Bündnis 90 / Die Grünen Rheinland-Pfalz

Frauenlobstraße 59-61

55118 Mainz

2. Kontrollierende Einrichtung (falls zutreffend): (Name der Mutterorganisation oder Partei, falls der obige Sponsor z. B. ein „Ableger“ ist)

/

3. Ansprechpartner & Kontakt des Sponsors: (E-Mail-Adresse, vollständige Postanschrift, ggf. Telefon)

Anke Welzenheimer

Anke.welzenheimer@gruene-rlp.de

0172-8501148

4. Ist der Sponsor zugleich der Zahlende? – ☒ Ja / ☐ Nein.

Falls Nein: Name, E-Mail-Adresse und Postanschrift der zahlenden Einrichtung:
(Wer übernimmt die Kosten, falls nicht identisch mit Sponsor?)

/

5. Geplanter Veröffentlichungszeitraum der Anzeige: (z. B. Datum der Zeitungs-Ausgabe oder Laufzeit Online vom/bis)

7.3.2026

6. Betroffene Wahl/Referendum/Rechtssetzungs- oder Regulierungsprozess (falls vorhanden): (Titel der Wahl oder Kampagne, z. B. „Stadtratswahl 2025 in Beispielstadt“)

Landtagwahl in Rheinland-Pfalz am 22.3.2026

Falls ja, Links zu offiziellen Informationen über die Modalitäten der Teilnahme an den betreffenden Wahlen oder Referenden: (URLs)

<https://www.wahlen.rlp.de/nachrichten/nachrichtendetailseite/keine-beschwerden-gegen-landeslisten-und-kreiswahlvorschlaege-listen-zugelassener-bewerberinnen-und-bewerber-stehen-zum-download-bereit>

<https://www.wahlen.rlp.de/nachrichten/nachrichtendetailseite/keine-beschwerden-gegen-landeslisten-und-kreiswahlvorschlaege-listen-zugelassener-bewerberinnen-und-bewerber-stehen-zum-download-bereit>

https://www.wahlen.rlp.de/fileadmin/wahlen.rlp.de/dokumente-wahlen/ltw/PDF/LW2026_Kreiswahlvorschlaege.pdf

7. Einsatz von Targeting/Anzeigenschaltungsverfahren:

- a. Wurde oder wird die Anzeige *online personalisiert* an bestimmte Zielgruppen ausgespielt? ☒ Nein / ☐ Ja (Wenn Ja, bitte kurz beschreiben, z. B. „nur Region X, Altersgruppe Y“)

- b. Falls technisch möglich, die Reichweite der politischen Anzeige, Anzahl der Aufrufe und der Interaktionen: (z. B. Aufrufe 69.000, Kommentare 2.000)

8. Wurde bereits früher eine ähnliche Anzeige wegen eines Verstoßes gegen die EU-Verordnung 2024/900 ausgesetzt oder eingestellt? – ☒ Nein / ☐ Ja, Details:

9. Kostenangaben:

- a. **Preis/Betrag für diese Anzeige:** 8.019 EUR (Brutto-Gesamtbetrag, den der Verlag in Rechnung stellt)
- b. **Wert sonstiger Leistungen:** (z. B. Sachleistungen, sofern relevant)
/
- c. **Berechnungsmethode:** (z. B. Tarif pro mm/Spalte, Pauschale etc.)
pauschal

10. Herkunft der Mittel für die Finanzierung:

- a. Quelle der Gelder: ☒ *privat* (Spenden, Partei-/Eigenmittel) / ☐ *öffentlich* (staatliche Mittel, Wahlkampfkostenerstattung o. Ä.)
- b. Ursprung der Mittel: ☒ *innerhalb EU* / ☐ *außerhalb EU*. (Falls *außerhalb EU*, bitte Land angeben und sicherstellen, dass dies zulässig ist.)

11. Links zu dem in Art.13 VO genannten europäischen Archiv für politische Online-Anzeigen

<https://gruene-rlp.de/ttpa/>

12. Meldeverfahren, falls eine veröffentlichte politische Anzeige nicht der EU-Verordnung 2024/900 entspricht: (z. B. eine E-Mail-Adresse)

Anke.welzenheimer@gruene-rlp.de

13. Einverständnis und Richtigkeit:

- a. *Hiermit bestätigt der Auftraggeber, dass alle Angaben korrekt sind und die Anforderungen der EU-Verordnung 2024/900 erfüllt werden.*
- b. *Hiermit bestätigt der Auftraggeber, dass falls sich oben angegebene Informationen geändert haben, als fehlerhaft herausstellen, er sicherstellt, dass aktualisierte Informationen dem betreffenden Anbieter politischer Werbedienstleistungen unverzüglich, vollständig und genau übermittelt werden.*
- c. *Hiermit bestätigt der Auftraggeber, dass Art. 5 Abs. 2 der EU-VO 2024/900 (Verbot von Werbedienstleistungen in den letzten drei Monaten vor der Wahl) eingehalten wird.*

Ort, Datum, Unterschrift des Auftraggebers

Mainz, 04.03.2026


